



## Presseschau vom 10.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Rüdiger Rauls: Klimawandel hat wieder Konjunktur – Teil 1**

Zwei Themen bestimmen den Erregungsgrad der deutschen Gesellschaft: Klimawandel und Corona. Verliert das eine an Bedeutung, drängt das andere wieder in den Vordergrund. Nach der Hochwasserkatastrophe im Westen Deutschlands steht das Thema Klimawandel wieder an erster Stelle. ...

<https://kurz.rt.com/2m6r>

#### **de.rt.com: Corona sei Dank: BioNTech verzeichnet Rekordgewinn von 2,8 Milliarden Euro**

Durch das profitable Impfstoffgeschäft ist der Gewinn des Mainzer Pharmaunternehmens BioNTech im zweiten Quartal auf 2,8 Milliarden Euro gestiegen. Das Unternehmen hat noch höhere Erlöse in Aussicht gestellt. Schon jetzt profitiert es von angelaufenen Drittimpfungen.

...

<https://kurz.rt.com/2m8b>

### abends/nachts:

#### **snanews.de: London verhängt neue Sanktionen gegen Minsk**

Großbritannien hat Sanktionen gegen Weißrussland verhängt, die unter anderem darauf

abzielen, Flüge und Landungen weißrussischer Fluggesellschaften in Britannien zu verhindern, geht aus einer Mitteilung der britischen Regierung hervor.

Diese zusätzlichen Sanktionen folgten auf die am 21. Juni von Großbritannien in Koordination mit den USA, Kanada und der EU eingeführten Einschränkungen gegen sieben Privatpersonen und eine juristische Person aus Weißrussland und seien die Antwort auf die Festnahme von Roman Protassewitsch und Sofja Sapega, heißt es.

„Die flugbezogenen Maßnahmen sehen die Verhinderung von Überflügen und Landungen von Flugzeugen weißrussischer Fluggesellschaften in Britannien und das Verbot der Gewährung von Wartungsleistungen an den Flugzeugpark des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko vor“, heißt es.

Neben dem weißrussischen Präsidenten betreffen die Sanktionen auch dessen ältesten Sohn Viktor Lukaschenko, die Pressesekretärin des Staatschefs, Natalja Ejsmont, den Chef der Administration, Igor Sergejenko, den Chef des Komitees für Staatssicherheit, Iwan Tertel, Verteidigungsminister Viktor Chrenin und Innenminister Iwan Kubrakow.

„Die Wirtschaftssanktionen werden bei Kalium und Erdölprodukten sowie bei Waren und Technologien zum Abfangen und Monitoring, bei Waren für die Zigarettenherstellung wie auch bei Waren und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck eingeführt. Dies hat zum Ziel, die dem Regime Lukaschenko zugehenden Einnahmen zu reduzieren und den Zugang zu Waren einzuschränken, die zu Repressionen gegen die weißrussische Bevölkerung führen können“, heißt es.

„Die Finanzmaßnahmen sehen das Verbot zum Kauf von im Umlauf befindlichen Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die vom Staat und von Staatsbanken emittiert wurden, sowie zur Kreditgewährung vor. Eine umfassende Antwort kann auch das Verbot von Versicherungs- und Rückversicherungsdiensten für die weißrussischen Staatsorgane sowie Veränderungen der Politik der Regierung Großbritanniens zur weiteren Verhärtung des bestehenden Waffenembargos vorsehen.“

Die EU, Großbritannien, die USA, Kanada und andere Länder haben schrittweise Sanktionen gegen weißrussische Offizielle sowie gegen einzelne Betriebe verhängt und Minsk dabei beschuldigt, Rechtsverletzungen im Wahlverlauf begangen und gegen die Menschenrechte verstoßen zu haben. Die EU hat auch erstmals sektorale Wirtschaftssanktionen eingeführt. Der Hintergrund für die Sanktionen ist die Festnahme des Gründers des in Weißrussland als extremistisch eingestuften Telegram-Kanals Nexta, Roman Protassewitsch, am 23. Mai auf dem Flughafen von Minsk. Die Maschine der Airlines Ryanair, an Bord derer er sich befand, war nach einer Sprengstoffwarnung, die sich später nicht bestätigt hat, dort notgelandet. Gegen Protassewitsch ist nun ein Strafverfahren in mehreren Anklagepunkten, darunter wegen Organisation von Massenunruhen, anhängig. Dem Mann drohen bis zu 15 Jahre Haft. Neben Protassewitsch wurde auch die russische Staatsbürgerin Sofia Sapega festgenommen, der unter anderem das Aufheizen von sozialem Hader angelastet wird.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/09/3147586\\_0:199:2934:1849\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_c33ba55af473c8497480a93407a8128f.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/09/3147586_0:199:2934:1849_1280x0_80_0_0_c33ba55af473c8497480a93407a8128f.jpg)

dan-news.info: Im Juli 2021 haben Spezialisten einer mobilen Arztbrigade prophylaktische Untersuchungen der Kinder im Amwrosiewka-Bezirk durchgeführt. Insgesamt wurden 973 Kinder untersucht. Bei 208 wurden Probleme entdeckt. Die Patienten mit Problemen wurden für zusätzliche Untersuchungen und zur Behandlung an Spezialeinrichtungen des Gesundheitswesens der Republik verwiesen, teilte das Gesundheitsministerium der DVR mit. An der Arztbrigade waren ein Hals-Nasen-Ohren-Arzt, ein Neurologe, ein Augenarzt und ein Kinderchirurg beteiligt.

Solche mobilen Brigaden reisen regelmäßig in abgelegene Städte und Bezirke der Republik, um prophylaktische Untersuchungen durchzuführen, um Krankheiten und Risikofaktoren rechtzeitig zu entdecken.

snaneews.de: **Russisch-chinesisches Militärmanöver „Zusammenwirken-2021“ begann in China**

In dem Bestreben, ihre militärische Kooperation zu vertiefen, haben die Streitkräfte Russlands und der VR China das Manöver „Zusammenwirken-2021“ gestartet, teilte das Verteidigungsministerium Russlands mit.

„Die gemeinsame russisch-chinesische operativ-strategische Übung wurde am 9. August 2021 auf dem Gelände Qingtongxia der chinesischen Armee im Autonomen Gebiet Ningxia Huizu Zizhiqu feierlich eröffnet“, heißt es in der Mitteilung.

Den Angaben zufolge wollen beide Länder bei dem Manöver, das bis zum 13. August dauert, „ihre Entschlossenheit und Fähigkeit vor Augen führen, gegen den Terrorismus zu kämpfen sowie Frieden und Stabilität in der Region zu verteidigen“.

Die Streitkräfte Russlands sind bei der Übung durch Verbände des Östlichen Wehrbezirks vertreten. An dem Manöver nehmen insgesamt rund 10.000 Mann teil. Weitere Details waren zunächst nicht bekannt.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/09/3148728\\_0:0:2933:1651\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_ea2d7a34c6ff95d69e06a7b891875156.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/09/3148728_0:0:2933:1651_1280x0_80_0_0_ea2d7a34c6ff95d69e06a7b891875156.jpg)

wpered.su: **In Altschewsk brachten Donezker Kommunisten die Gräber von Soldaten von „Prisrak“ in Ordnung**

In Altschewsk haben Kommunisten der Donezker Volksrepublik die Gräber von Soldaten des Bataillons „Prisrak“, die in den Kämpfen gegen die ukrainischen Nationalisten starben, in Ordnung gebracht. Sie säuberten das umliegende Gebiet, brachten Müll weg und legten Blumen im Namen der KP der DVR und der DKP nieder, teilt ein Korrespondent von

„Wperjod“ mit.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/08/GKP-768x432.jpg>

de.rt.com: **UN-Chef begrüßt russisch-US-amerikanischen Rüstungskontrolldialog**

Auch 76 Jahre nach der Bombardierung der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki existiert die Gefahr eines Atomkrieges. Einige sagen sogar, er ist wahrscheinlicher als je zuvor. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat alle Vertragsparteien des Atomwaffensperrvertrags dazu aufgerufen, auf eine Abschaffung aller Atomwaffen hinzuarbeiten.

UN-Generalsekretär António Guterres hat am 76. Jahrestag des US-Atombombenabwurfs auf Nagasaki das Streben Russlands und der Vereinigten Staaten nach einem Dialog über Rüstungskontrolle begrüßt. Er erklärte:

"Ich begrüße es, dass die Vereinigten Staaten und die Russische Föderation erneut bekräftigt haben, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf und dass sie sich zu einem Dialog über Rüstungskontrolle verpflichtet haben."

Auch 76 Jahre nach der Bombardierung von Nagasaki "leben wir noch immer im Schatten des Atompilzes", so der UN-Chef. Guterres fügte hinzu:

"Die Aussichten auf den Einsatz von Atomwaffen sind so gefährlich wie zu keinem anderen Zeitpunkt seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges."

"Ich rufe alle Vertragsparteien des Atomwaffensperrvertrags auf, die bevorstehende [Zehnte Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen] zu nutzen, um die Norm gegen Atomwaffen zu stärken und Schritte zu ihrer Abschaffung zu unternehmen."

Am 6. August 1945 warfen die Vereinigten Staaten eine vier Tonnen schwere Uranbombe mit dem Codenamen Little Boy auf Hiroshima ab. Die Explosion tötete mindestens 70.000 Menschen sofort. Drei Tage später, am 9. August 1945, wurde eine weitere Bombe auf Nagasaki abgeworfen, die ungefähr die gleiche Anzahl an Menschen tötete. Etwa 3.000 Überlebende der US-Atombombenabwürfe starben im vergangenen Jahr in Japan. Die Gesamtzahl der Opfer beläuft sich schätzungsweise auf 189.000.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61111fddb480cc61df161456.jpg>

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainische Seite verletzt weiter grob ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feueereinstellung.

**Seit Beginn des heutigen Tages (9.8.)** wurden **drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 3. mechanisierten Bataillons der 28. Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus zweimal zielgerichtet das Feuer mit automatischen und Handgranatwerfern auf Wohngebiete der **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** eröffnet und 18 Granaten abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde ein Wohnhaus beschädigt:

Karnawalnaja-Straße 74 – die Sommerküche des Wohnhauses wurde beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des 2. Gebirgsturmataillons der 128. Brigade von den Positionen im Gebiet von Schirokino aus **Besymennoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Um weiteren Beschuss zu verhindern sowie angesichts der Gefahr, die durch Detonationen ukrainischer Geschosse für Leben und Gesundheit der Einwohner entstehen, waren die Einheiten der Volksmiliz, geleitet von den Punkten „d“ und „e“ der Zusatzkomplexes von Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands, **gezwungen, das Feuer zu erwidern, um die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken.**

Die Verluste des Feindes werden noch ermittelt.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, diese verbrecherischen Handlungen der Ukraine, ihren Terror gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass zu erfassen sowie auf die ukrainische Seite Einfluss auszuüben, damit sie die zielgerichteten Versuche, die Lage zu destabilisieren, unterlässt.

snanews.de: **Armenisch-aserbaidsschanischer Grenzstreit: Eriwan schließt gewaltsame Lösung nicht aus**

Armeniens Verteidigungsminister Arschak Karapetjan hat bei einem Treffen mit dem Generalsekretär der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS), Stanislaw Sas, am Montag in Eriwan ein gewaltsames Vorgehen Armeniens an der Grenze zu Aserbaidsschan nicht ausgeschlossen.

Wenn die Situation an der armenisch-aserbaidsschanischen Grenze keine friedliche Lösung finden sollte, werde Eriwan sich das Recht vorbehalten, zu Gewalt zu greifen, sagte Karapetjan, wie es beim Pressedienst des armenischen Verteidigungsministeriums hieß. Laut Karapetjan habe die armenische Seite noch im Mai – „einer für Armenien recht angespannten Zeitperiode“ – einen Besuch des OVKS-Generalsekretärs erwartet. „Leider hat der Besuch nicht stattgefunden.“ An der Grenze habe sich heute eine stabile, schwere Situation herausgebildet, so der Minister.

„Im Mai sind aserbaidsschanische Truppen aus zwei Richtungen in armenisches Staatsgebiet eingedrungen. Das macht uns große Sorgen. Wir sind Friedensanhänger. Wir wollen auf keinen Fall Spannungen an unseren Grenzen. Dabei sind wir nicht dazu bereit, uns mit den Handlungen abzufinden, die zur Verletzung der Staatsgrenze Armeniens führen könnten. Wir werden unsere Territorien entschieden verteidigen. Wir sind selbstverständlich darum bemüht, die Frage friedlich zu lösen, und zeigen unsere Friedensliebe. Aber unsere Geduld ist nicht unendlich. Wenn es keine friedliche Regelung der Situation an unseren Grenzen geben wird, behalten wir uns das Recht vor, die Frage gewaltsam zu lösen“, zitiert der Pressedienst Karapetjan.

Laut dem Pressedienst hat der Verteidigungsminister sein Bedauern darüber geäußert, dass „die Mechanismen der Beschlussfassung und des Reagierens auf Krisensituationen in der OVKS den modernen Anforderungen der Entwicklung der operativen Situation nicht angemessen sind“. Karapetjan informierte den OVKS-Generalsekretär über die konzeptionelle Herangehensweise bei der bevorstehenden Vorsitzführung Armeniens in der OVKS. Die Erhöhung der Effektivität und die Vervollkommnung dieser Organisation seien für die armenische Seite vorrangig, betonte er.

Sas teilte seinerseits mit, dass am 15. September in Duschanbe gemeinsame Sitzungen der Räte der Außenminister und der Verteidigungsminister sowie des Komitees der Sekretäre der Sicherheitsräte der OVKS stattfinden sollen. Für den 16. September ist eine Tagung des Rates für kollektive Sicherheit angesetzt, in der Armenien die Vorsitzführung in der OVKS übernehmen werde.

Am 28. Juli hatte es erneut Schusswechsel an der armenisch-aserbaidsschanischen Grenze gegeben. Aus Baku verlautete, dass Armenien wieder das Waffenstillstandsabkommen verletzt habe. Wie Eriwan meldete, seien im Gebiet Gegarkunik an der Grenze zu Aserbaidsschan drei armenische Soldaten getötet und fünf weitere verletzt worden.

Die Gegenparteien bekräftigten später ihre Vereinbarung über den Waffenstillstand an der Grenze. Nach Angaben des armenischen Verteidigungsministeriums sei die Einigung unter Vermittlung russischer Friedenstruppen erzielt worden.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/09/3150028\\_0:160:3073:1888\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_bd5be78799502b3fb77783f70e7960c6.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/09/3150028_0:160:3073:1888_1280x0_80_0_0_bd5be78799502b3fb77783f70e7960c6.jpg)

### **vormittags:**

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 9. August 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Beschossen wurden **Kalinowo-Borschtschewatoje, Molodjoshnoje** und **Golubowskoje** unter Einsatz von Granatwerfern (insgesamt **zehn Geschosse**) und Schusswaffen. Infolge des Beschusses auf Golubowskoje wurde eine örtliche Einwohnerin verletzt.

Weitere Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

### **de.rt.com: WTB Bank-Chef: Russland wird nicht aus SWIFT austreten, kann aber auch ohne überleben**

Moskaus Ausschluss aus dem westlichen Zahlungssystem SWIFT wird immer wieder auch in hohen politischen Kreisen im Westen diskutiert. Der Kopf der zweitgrößten russischen Bank WTB meint, dass ein Austritt nur auf westlichen Druck erfolgen könnte.

Der Rückzug Russlands aus dem SWIFT-Zahlungssystem wird nur dann erfolgen, wenn die EU ihre Sanktionen gegen Moskau verschärft, was nach Ansicht des Chefs der russischen WTB Bank unwahrscheinlich ist. In einem Interview mit dem Handelsblatt erklärte WTB-Chef Andrei Kostin:

"Ich glaube nicht, dass es jemals [zum Austritt Russlands] kommt – außer, die europäischen Regierungen wollen derart schwerwiegende Maßnahmen gegen Russland ergreifen. Bisher verfolgen jedoch nicht mal die USA solche Pläne. Sie würden uns eher vom Dollar-System abschneiden und Sekundärsanktionen gegen europäische Banken verhängen, damit diese keine Geschäfte mehr mit uns machen können.

Kostin betonte, dass Russland Teil der internationalen Gemeinschaft bleibe und sich nicht vom Rest der Welt abtrennen wolle; wenn Europa und die Vereinigten Staaten jedoch beschließen, ihre Beziehungen abubrechen, habe Russland andere geschätzte Partner und werde zurechtkommen. Er betonte:

"Wir wollen eine gute Beziehung zu anderen Ländern. Wenn der Westen nicht mit uns zusammenarbeiten will, werden wir verstärkt mit China, Indien und Ländern in Afrika zusammenarbeiten. Die USA und Europa sind nicht die ganze Welt."

Das Thema einer möglichen Abkopplung Russlands von SWIFT – dem in Belgien ansässigen globalen Netzwerk zur Erleichterung internationaler Banktransaktionen – kam erstmals 2014 auf, nachdem die EU nach der Wiedervereinigung Russlands mit der Krim ihre erste Runde

antirussischer Sanktionen einführte. Anfang dieses Jahres forderte die Europäische Volkspartei (EVP), die größte Fraktion im Europäischen Parlament, erneut den Ausschluss Russlands aus dem Zahlungssystem im Falle einer "Invasion der Ukraine". Letzte Woche hatte der ehemalige Berater des britischen Verteidigungsministeriums, Maximilian Terhalle, die Europäische Union zu diesem Schritt aufgefordert, um "zukünftige Angriffe" aus Russland zu verhindern. Er äußerte sich in einem Artikel des Magazins Politico, in dem er die Europäer vor der Bedrohung warnte, die von Russland ausgehe. Moskau bereite sich darauf vor, den Kontinent über die Nord Stream 2-Pipeline mit Erdgas zu versorgen. Der Chef der WTB Bank hält die Einführung zusätzlicher Sanktionen gegen Russland für sinnlos. Kostin hob hervor:

"[Sanktionen] sind kontraproduktiv und lösen keine Probleme. Wenn es politische Konflikte gibt, kann man sie nicht mit Wirtschaftssanktionen lösen, sondern man muss miteinander reden."

Im Mai dieses Jahres erklärte SWIFT, dass es in Russland wie gewohnt weiterarbeiten werde und keine Gefahr bestehe, dass das Land vom Zahlungsverkehrssystem abgekoppelt werde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6110f2e348fbef4508367305.jpg>

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 9. August 3:00 Uhr bis 10. August 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Bajrak, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Leninskoje, Besymennoje.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde durch Beschuss von Seiten der BFU auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks im Petrowskij-Bezirk von Donezk ein Schaden an der Wand der Sommerküche des Wohnhauses in der Karnawalnaja-Straße 74 festgestellt.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 35.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der

Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Lukaschenko über Beitritt Weißrusslands zu Russland: "Putin braucht nicht noch mehr Kopfschmerzen"**

Weißrusslands Präsident Lukaschenko sagte, Minsk sei nicht gegen eine Integration mit Russland. Dies sei aber nur ohne Verlust von Staatlichkeit und Souveränität möglich. Er wies darauf hin, dass die Grundlage jeder zwischenstaatlichen Union Gleichheit sei, auch in Fragen der Wirtschaft.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko, der über die wirtschaftliche Integration mit Russland gesprochen hat, hat die Möglichkeit eines Beitritts von Weißrussland zu Russland bewertet. Er sagte, dass es nicht notwendig sei, jemanden in eine Mitgliedschaft aufzunehmen, um die Integration in die Wirtschaft zu entwickeln. Lukaschenko sagte weiter: "Wenn wir von Integration sprechen, müssen wir klar verstehen: jede Integration ohne Verlust von Staatlichkeit und Souveränität."

Das weißrussische Staatsoberhaupt teilte mit, es gebe jetzt Hinweise darauf, dass unter Integration der Beitritt Weißrusslands zu Russland verstanden werde. Er stellte fest, dass Weißrussland ein souveräner und unabhängiger Staat ist und die Bürger der Republik dies schätzen. Lukaschenko betonte:

"Wenn ich diese Andeutungen über einen Beitritt zu Russland höre, versetze ich mich in die Lage von Putin und denke darüber nach, ob Russland noch mehr Kopfschmerzen braucht. Ich meine nein. So sieht es auch der Präsident Russlands."

Russland und Weißrussland hatten im Dezember 1999 ein Abkommen über die Gründung des Unionsstaates unterzeichnet. Das Abkommen beinhaltete die Schaffung eines einheitlichen Wirtschafts-, Außenpolitik-, Haushalts- und Steuerraums sowie die Vereinheitlichung der Energie-, Verkehrs- und Zollsysteme beider Länder. Gleichzeitig behielten sowohl Russland als auch Weißrussland ihre Souveränität, territoriale Integrität und ihre Staatsstruktur. Die Verhandlungen zur Vertiefung der Integration der beiden Länder wurden im Jahr 2019 wieder aufgenommen.

Russland und Weißrussland haben ein weiteres Integrationsprogramm innerhalb des Unionsstaates. Es ist in Roadmaps beschrieben, die meisten davon wurden im Jahr 2019 vereinbart. Die 31. Roadmap blieb jedoch bislang ohne Genehmigung. Diese sieht die Schaffung supranationaler Behörden, ein einziges Emissionszentrum und die Einführung einer einheitlichen Währung vor.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61112cf7b480cc61df161471.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 10. August um 9:00 Uhr 7272 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 5777 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen

entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 672 Todesfälle.

### snanews.de: **EU begrüßt neue Sanktionen von USA, Kanada und Großbritannien gegen Weißrussland**

Der Europäische Auswärtige Dienst hat die Verhängung neuer Sanktionen seitens der USA, Kanadas und Großbritanniens gegen Weißrussland begrüßt. Das geht aus einer entsprechenden Twitter-Mitteilung hervor.

„Wir begrüßen die Einführung von neuen restriktiven Maßnahmen der USA, Kanadas und Großbritanniens gegen das Lukaschenko-Regime, die die bestehenden umfangreichen EU-Sanktionen ergänzen“, heißt es in der Mitteilung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Ferner steht dort geschrieben, dass die EU ihren Druck auf das „Lukaschenko-Regime“ weiter ausüben werde, „bis alle politischen Gefangenen freigelassen werden und ein sinnvoller Dialog sowie freie und faire Wahlen in Belarus abgehalten werden“.

#### **Neue Sanktionen gegen Weißrussland**

Am Montag hat der amerikanische Präsident Joe Biden die neuen Sanktionen gegen Weißrussland bestätigt. Laut dem auf der Webseite des Weißen Hauses veröffentlichten Statement stellen die Handlungen des „weißrussischen Regimes“ „eine außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und Außenpolitik der USA“ dar. Sanktioniert wurden unter anderem das weißrussische Ermittlungskomitee, das Nationale Olympische Komitee Weißrusslands, die Erdöl-Unternehmen Belneftegaz, Energo-Oil und Belkaztrans. Betroffen sind insgesamt 23 Personen und 21 Organisationen.

Zugleich hatten Kanada und Großbritannien Einschränkungen gegen Weißrussland verkündet. Die kanadischen Sanktionen betreffen vor allem Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Fremdfinanzierung, Versicherung, Erdölprodukte und Kali-Produktion.

Die britischen Sanktionen zielen auf die Kali-Industrie und Ölprodukte ab. Darüber hinaus gilt künftig ein Überflugverbot für belarussische Flugzeuge.

„Das Lukaschenko-Regime zerschmettert weiterhin die Demokratie und verletzt die Menschenrechte (...)“, so der britische Außenminister Dominic Raab.

#### **EU-Sanktionen gegen Belarus**

Ende Juni hatten sich die EU-Außenminister auf weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen Weißrussland geeinigt. Demnach sollten EU-Einreiseverbote gegen 78 Personen verhängt und ihre in der EU vorhandenen Vermögenswerte eingefroren werden. Betroffen sind zudem mindestens sieben Organisationen – staatliche Stellen und Unternehmen. ...



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/07/1179136\\_0:0:3013:1696\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_cb64ce4e3442a1f5ede3a9929f67559a.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/07/1179136_0:0:3013:1696_1280x0_80_0_0_cb64ce4e3442a1f5ede3a9929f67559a.jpg)

Mzdnr.ru: Am 9. August wurden in der DVR 1031 Tests auf Coronavirusinfektion

durchgeführt davon waren 359 positiv, bei 41 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 10. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 52.538 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5030 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 41.565 als gesund entlassen, es gibt 3728 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 181 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 28 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 123 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1956 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 729 mit Sauerstoffunterstützung (+54 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2215 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

#### de.rt.com: **USA schicken Spezialeinheit für einmonatige Militärübung in die Ukraine**

Eine Abteilung der US-Spezialeinheit ist mit zwei Flugzeugen in der Ukraine eingetroffen, um an einer Militärübung teilzunehmen. Ziel der Übung ist es, die Kompatibilität zwischen den Militäreinheiten der Länder zu erhöhen.

Das Verteidigungsministerium der Ukraine hat mitgeteilt, dass zwei militärische Transportflugzeuge der US-Luftwaffe eine Spezialeinheit in die Ukraine brachten, um an einem Militärmanöver in der Region Winnyzja teilzunehmen:

"Die Soldaten der 352d Special Operations Wing sind mit zwei Militär-Transportflugzeugen MS-130 für gemeinsame Übungen mit den Kollegen in der Ukraine eingetroffen."

Die Militärübungen werden etwa einen Monat dauern. Das US-amerikanische und ukrainische Militär werden die Fähigkeiten der taktischen Evakuierung, der Ersten Hilfe sowie der Luftlandung des Luftpersonals und der Fracht üben. Das ukrainische Verteidigungsministerium kündigte zudem an, einen gemeinsamen Flug der Besatzungen von MC-130 und An-26 durchzuführen. Der Zweck der Übung bestehe darin, das Niveau der Kompatibilität zwischen den Militäreinheiten der Länder zu erhöhen, hieß es weiter.

Letzte Woche gaben die ukrainischen Seestreitkräfte den Beginn der aktiven Phase der multinationalen Übungen Dive-2021 im Schwarzen Meer bekannt. Neben ukrainischen Soldaten nehmen auch Vertreter Aserbaidschans, Bulgariens, Georgiens, Rumäniens und der Vereinigten Staaten daran teil.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611164ef48fbef189c348c57.JPG>

#### Mil-Inr.su: **Bericht der Volksmiliz der LVR von 10:00 Uhr am 10. August 2021**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung

und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Postupalskijs von den Positionen im Gebiet von Nowoalexandrowka aus **Kalinowo-Bortschtschewatoje** mit einem Antipanzergranatwerfer und Schusswaffen beschossen.

In Fortsetzung der Ausführung von verbrecherischen Befehlen Postupalskijs haben Kämpfer der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte von den Positionen im Gebiet von Popasnaja aus **Molodjoshnoje** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer des 15. Bataillons der 128. Brigade in Ausführung von Aufgaben im Rahmen der 57. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus **Golubowskoje** mit einem Antipanzergranatwerfern, Unterlaufgranatwerfern und Schusswaffen beschossen. Infolge des Beschusses wurde **eine Einwohnerin von Golubowskoje, geb. 1966, schwer verletzt**. Die Verletzte wurde in das Lugansker Republikanische klinische Krankenhaus eingeliefert, wo sie ärztlich behandelt wird.

Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und um eine Beschuldigung der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Geleitet von den Anweisungen des Republikoberhauptes und von Punkt „e“ der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung haben unsere Einheiten das **Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen erwidert und die Feueraktivität des Gegners unterdrückt**.

Die Verluste der ukrainischen Kämpfer werden noch ermittelt. ...

**nachmittags:**

deu.belta.by: **Petrowski: Belarus und Russland sind bereit, gegen aggressive Sanktionspolitik gemeinsam vorzugehen**

Belarus und Russland sind bereit, gemeinsam gegen die aggressive Sanktionspolitik vorzugehen. Diese Meinung äußerte Politologe und Experte der öffentlichen Vereinigung „Belaja Rus“ Pjotr Petrowski der Telegraphenagentur BelTA im Anschluss an das „Große Gespräch mit dem Präsidenten“, das gestern in Minsk stattgefunden hat.

„Minsk und Moskau haben dieselben Ansichten, was das internationale politische Geschehen betrifft. Die Staaten sind bereit, gemeinsam gegen die aggressive Sanktionspolitik zu kämpfen. Es ist heute klar, dass die Ereignisse von Vorjahr und ihre Folgen nicht nur Belarus als Zielscheibe hatten. Das Ziel war auch Russland, und zwar seine gesellschaftlich-politische Lage. Bald stehen in Russland die Parlamentswahlen an, im Jahr 2024 sind die Präsidentschaftswahlen angesagt. Russische Experten bestätigen meine Meinung“, sagte Petrowski.

Die Ereignisse des letzten Jahres haben Belarus und Russland nur enger zusammengebracht. Die beiden Staaten treten heute quasi als eine geschlossene Front auf, auch wenn die politische Landschaft Russlands sehr mannigfaltig und daher nicht einfach ist. Ausländische Journalisten, die am Gespräch teilnahmen, haben alle dieselben Fragen gestellt und dieselben Drohungen wiederholt. Man konnte erkennen: Ihre Hauptaufgabe ist der geopolitische Kampf, in dem Belarus als Instrument zur Schwächung Russlands genutzt wird.“

Die westlichen Medien haben sich während es Großen Gesprächs in ein schlechtes Licht gesetzt. Sie wurden mehrmals der Fälschung überführt. „Wenn jemand eine Frage stellt und in

dieser Frage gleich 3 bis 4 Fake News enthalten sind – das zeugt von einer niedrigen Informiertheit dieser Medienleute, von ihrer Parteilichkeit und Voreingenommenheit, von ihrer Absicht, bereits vorformulierte Thesen vorzutragen, anstatt einen qualitativen und fruchtbaren Dialog führen zu wollen“, resümierte er.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000022\\_1628593025\\_58031\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1628593025_58031_big.jpg)

#### snews.de: **„Redlich an Friedensgesprächen teilnehmen“: Nato ruft Taliban zu Ende der Gewalt auf**

Die Nato macht sich Sorgen über den gewaltsamen Vormarsch der Terrormiliz Taliban in Afghanistan und fordert einen Waffenstillstand und die politische Lösung des Konfliktes. Darüber informiert die Deutsche Presse-Agentur (DPA) am Dienstag.

Mit „tiefer Sorge“ sieht man laut einem Nato-Offiziellen das hohe Maß an Gewalt der Taliban bei ihrer Offensive. Gemeint sind insbesondere Angriffe auf Zivilisten und Berichte über Menschenrechtsverletzungen. Die Taliban müssten verstehen, erklärte der Nato-Vertreter weiter, dass die internationale Gemeinschaft sie nie anerkennen werde, wenn sie den politischen Prozess verweigerten und das Land mit Gewalt erobern wollten.

„Sie müssen ihre Angriffe beenden und redlich an Friedensgesprächen teilnehmen“, betonte der Offizielle gegenüber DPA.

Die Nato geht davon aus, dass sich der Konflikt in Afghanistan nicht militärisch lösen lasse. Deshalb müsse der Friedensprozess unter afghanischer Führung eine Waffenruhe und eine politische Lösung vorantreiben. Dabei sollten vor allem die Menschenrechte von Frauen, Kindern und Minderheiten berücksichtigt werden. Afghanistan sollte auch „nie wieder zum sicheren Hafen für Terroristen“ werden, so der Nato-Vertreter.

Im Mai hatten die Taliban eine Offensive nach dem Beginn des Nato-Truppenabzugs gestartet. Die militant-islamistische Terrorgruppe kontrolliert derzeit mehr als die Hälfte des Landes. Trotz des gewaltsamen Vormarsches halten sowohl Deutschland als auch USA an ihren Abzugsplänen fest. Dem Vorschlag Großbritanniens, Teile des Kontingents weiter im Lande zu belassen, wurde von anderen Nato-Mitgliedstaaten eine Absage erteilt.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/0a/3156270\\_0:279:3145:2048\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_4f333e91a46c2a8f861dbd303078a9a2.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/0a/3156270_0:279:3145:2048_1280x0_80_0_0_4f333e91a46c2a8f861dbd303078a9a2.jpg)

### snanews.de: „Finanzierung extremistischer Organisation“: Strafverfahren gegen Nawalny-Mitstreiter eingeleitet

Das russische Ermittlungskomitee hat ein neues Strafverfahren gegen die Mitstreiter des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny, Leonid Wolkow und Iwan Schdanow, eingeleitet. Dies erklärte am Dienstag die Sprecherin des Ermittlungskomitees, Swetlana Petrenko, gegenüber Journalisten.

„Eingeleitet wurde ein Strafverfahren gegen Leonid Wolkow, Iwan Schdanow und andere Personen. Sie stehen im Verdacht der Verübung des Verbrechens ‚Sammlung von Mitteln und Gewährleistung von Finanzdienstleistungen, die bewusst für die Finanzierung einer extremistischen Organisation vorgesehen waren‘.“

Petrenko erinnerte daran, dass der Fonds zur Bekämpfung von Korruption (FBK) und der Fonds zum Schutz der Bürgerrechte laut Gerichtsurteil als extremistisch eingestuft und liquidiert wurden. Außerdem sei die extremistische Tätigkeit der gesellschaftlichen Bewegung der „Stäbe von Nawalny“ verboten worden.

Die Ermittlung verwies auf die Tatsache, dass trotzdem am 5. August im Netz ein Video unter Teilnahme von Schdanow, der das FBK-Direktor-Amt belegte, und von Wolkow, der die „Stäbe von Nawalny“ leitete, aufgetaucht war.

„Mit Rücksicht darauf, dass diese Organisationen als extremistisch anerkannt wurden, haben Wolkow und Schdanow die Fortsetzung ihrer rechtswidrigen Tätigkeit verkündet und eine Sammelaktion organisiert, wobei sie einen unbegrenzten Personenkreis dazu aufriefen, das Team von Nawalny zu unterstützen und die Finanzierung mittels Spenden unter einem von ihnen angegebenen Link umzusetzen“, fügte Petrenko hinzu.

Die beiden sollen dabei über Mittel der Geld- und Kryptowährungsüberweisung „unter Bedingungen der Konspiration und Anonymität von Spendern vor den Sicherheitskräften“ informiert haben.

Schdanow und Wolkow bestätigten via Twitter, dass gegen sie ein neues Strafverfahren eingeleitet worden sei.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0a/3157642\\_0:0:3071:1728\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_181a84c2e0758f8fe42ae186bc91f971.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0a/3157642_0:0:3071:1728_1280x0_80_0_0_181a84c2e0758f8fe42ae186bc91f971.jpg)

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 10.08.2021**  
**In den letzten 24 Stunden** wurden **vier Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 28. Brigade mit Antipanzerhandgranatwerfern ein Wohngebiet der **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** eröffnet und drei Granaten abgefeuert, dabei wurde ein Wohnhaus in der Karnawalnaja-Straße 74 beschädigt.

In **Richtung Gorlowka** haben Strafruppen der 10. Brigade **Bajrak** beschossen und sieben Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade **Besymennoje** und **Leninskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

**Seit Beginn des heutigen Tages** hat der Gegner **drei Feuerprovokationen** begangen. Strafruppen eines Panzergrenadierbataillons der 128. Brigade haben Leninskoje und **Kominternowo** beschossen und 19 Mörsergeschosse des Kalibers **120mm** abgefeuert, Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade haben **Staromichajlowka** mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Um weiteren Beschuss zu verhindern sowie angesichts der Gefahr, die durch Detonationen ukrainischen Geschosse für Leben und Gesundheit friedlicher Einwohner entstehen, waren die Einheiten der Volksmiliz, geleitet von den Punkten „d“ und „e“ der Zusatzkomplexes von Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands, gezwungen, das Feuer zu erwidern, um die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken.

Die Verluste der Besatzer werden noch ermittelt.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen acht Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind:

ein Panzer aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade in der Nähe von Orlowka;

zwei Schützenpanzer aus dem Bestand der 10. Gebirgss Sturmbrigade in Wohngebieten von

Nowgorodskje und Jurjewka.

Fünf Schützenpanzer aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade in einem Wohngebiet von Olginka.

Um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 28. und 72. Brigade zu verhindern, hat der Gegner Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Marjinka und Krasnogorowka zu verhindern.

Wir stellen weiter Fälle von **Diebstahl von militärischen Material in den ukrainischen Streitkräften** fest.

So wurde bei einer außerplanmäßigen Kontrolle des Vorhandenseins von Treibstoff in den Verbänden und Truppenteilen der Artillerie in der OOS-Zone ein Fehlbestand von Treibstoff im Wert von insgesamt mehr als fünf Millionen Griwna festgestellt.

Die größten Fälle von Diebstahl wurden in der 43. Artilleriebrigade entdeckt, so ein Fehlbestand an Treibstoff im Wert von insgesamt 500.000 Griwna und gesetzwidrige Abschreibung von Treibstoff im Wert von 1,5 Mio. Griwna festgestellt wurden.

Aber nach uns vorliegenden Informationen gelang es dem Kommando der 43. Artilleriebrigade durch Bestechung von Funktionsträgern der Kommission, die Schadenssumme auf ein Fünftel, auf 100.000 Griwna für Fehlbestände an Treibstoff und auf 400.000 Griwna für dessen gesetzeswidrige Abschreibung zu reduzieren.

Außerdem haben die Angehörigen des rückwärtigen Dienstes der 43. Brigade, um die Bestrafung und strafrechtliche Verfolgung abzuschwächen, ihre Komplizen preisgegeben sowie vergleichbare Diebstahlschemata in der sich ebenfalls in der OOS-Zone befindlichen 27. Raketenartilleriebrigade aufgedeckt, weswegen in dieser ein Fehlbestand an Treibstoff im Wert von einer Mio. Griwna entdeckt wurde.

Inzwischen wurden zusätzliche Kommissionen aus den Logistikkraften der ukrainischen Streitkräfte in die OOS-Zone geschickt, um alle Verbände und Truppenteile auf Diebstahl und gesetzwidrige Abschreibung von Treibstoff zu kontrollieren.

**Die ukrainischen Nationalisten terrorisieren weiter die Zivilbevölkerung des Donbass auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium.**

So haben nach uns vorliegenden Informationen am 8. August Unbekannte in der Ortschaft Kropiwnizkoje im Wolnowacha-Bezirk Strohschober eines Viehzuchtbetriebs in Brand gesetzt, dabei entstand ein Schaden von mehr als einer Million Griwna.

Die Rechtsschutzorgane führen zurzeit eine Ermittlung durch, doch nach den Worten von Arbeitern des Betriebes haben kürzlich im benachbarten Dorf Stepnoje eingetroffene ukrainische Nationalisten den Brand aufgrund der Weigerung des Direktors des Betriebs, in leerstehenden Gebäuden des Unternehmens Technik und Personal von nationalistischen bewaffneten Formationen unterzubringen, gelegt.

Nach den Worten örtlicher Einwohner drohten die ukrainischen „Rechtssektorler“ das Unternehmen vollständig zu vernichten, falls die Führung auch weiter die Einrichtung einer Umschlagbasis der Nationalisten vor deren Abfahrt an die Front behindern sollte.

snanews.de: **Russland will Boeing bei „Starliner“-Reparatur helfen**

Ein russisches Weltraum-Forschungszentrum hat sich bereit erklärt, dem US-Konzern Boeing bei Reparaturarbeiten am amerikanischen Raumschiff „Starliner“ zu helfen, falls ein solcher Antrag eingehen sollte, teilte eine Quelle in der Raumfahrtindustrie gegenüber SNA am Dienstag mit.

Der Chef der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Dmitri Rogosin, hat das Keldysch-Forschungszentrum beauftragt, den amerikanischen Partnern von der US-Raumfahrtagentur Nasa und Boeing bei der Beseitigung von Fehlfunktionen des Raumschiffs „Starliner“ zu helfen, falls sie darum gebeten werden sollten.

Dem Generaldirektor des Zentrums, Wladimir Koschlawow, zufolge sei das

Forschungszentrum, das Teil von Roskosmos ist, eine führende Organisation im Bereich Raketentriebwerksbau. Es beschäftigt sich mit allen Arten von Triebwerken, die es gibt. Zuvor hatte das Fachportal „Space“ erklärt, warum der Start des Raumschiffs „Starliner“ verschoben wurde. Der Grund seien die Fehlfunktionen von 13 Klappen in den Triebwerken des Raumschiffs gewesen, die für Manöver im Orbit notwendig sind.

Der Starliner sollte bereits am 30. Juli ins All aufbrechen, jedoch haben sich die Nasa und das Unternehmen dagegen entschieden. Als Grund wurden Probleme mit dem russischen Forschungsmodul „Nauka“ genannt, bei dem während des Andockens an die Internationale Raumstation ISS die Triebwerke kurzzeitig und unkontrolliert zündeten. Die Ursache dafür war ein Software-Fehler.

Später wurde der Starliner-Start erneut aus technischen Gründen verlegt.

Der „Starliner“ ist ein Raumschiff des 21. Jahrhunderts, das von Boeing in Zusammenarbeit mit der Nasa entwickelt wurde. Es ist dazu bestimmt, sieben Passagiere oder die Besatzung und Fracht in eine erdnahe Umlaufbahn zu bringen.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0a/3159013\\_165:0:3806:2048\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_a21c1bf77d6c203c3cfc01b0f7e8758c.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0a/3159013_165:0:3806:2048_1280x0_80_0_0_a21c1bf77d6c203c3cfc01b0f7e8758c.jpg)

### deu.balta.by: **Völlige Missachtung des Völkerrechts - Außenministerium verurteilt neue Sanktionen aufs Schärfste**

Das belarussische Außenministerium hat die am 9. August gegen die Republik Belarus von den Vereinigten Staaten von Amerika, vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland sowie Kanada eingeführten einseitigen Zwangsmaßnahmen aufs Schärfste verurteilt. Das geht aus einem Kommentar des Außenministeriums hervor.

„Mit dieser Maßnahme haben die oben genannten Länder erneut eine völlige Missachtung des Völkerrechts und ihrer eigenen internationalen und bilateralen Verpflichtungen demonstriert. Damit haben sie die wahren Ziele ihrer Belarus-Politik offenbart“, so das Ministerium.

Unter dem Deckmantel heuchlerischer Parolen vom Schutz der Menschenrechte und der Demokratie ließen sich die westlichen Gegner von Belarus in Wirklichkeit von kaltem geopolitischen Kalkül leiten. „Ihre Handlungen zielen direkt darauf ab, die Souveränität und Unabhängigkeit von Belarus sowie das Wohlergehen und den Wohlstand des belarussischen Volkes zu untergraben“, hieß es.

Aus der Mitteilung geht ferner hervor, dass der Westen unter Missachtung des Willens des belarussischen Volkes nur ein Ziel im Auge habe, nämlich den Machtwechsel in Belarus. Der Westen setze das gesamte Methodenarsenal aus den Zeiten des Kalten Krieges ein, etwa in Form von verstärktem politischem und informationellem Druck von außen, Einführung des Luftembargos, politischer Instrumentalisierung von Sport bis hin zur finanziellen und wirtschaftlichen Erwürgung des Staates.

„Die von den USA, Großbritannien und Kanada einseitig eingeführten restriktiven

Maßnahmen stellen einen Verstoß gegen die UN-Charta und gegen das Völkerrecht dar, einen Verstoß gegen ihre Verpflichtungen im Rahmen der OSZE“, heißt es im Kommentar. Das Außenministerium erinnerte daran, dass es die USA und das Vereinigte Königreich waren, die 1994 das Budapester Memorandum unterzeichneten, in dem sie sich verpflichteten, von wirtschaftlichem Zwang Abstand zu nehmen und der Republik Belarus das Recht auf Souveränität einzuräumen. „Belarus wird die gestern beschlossenen Restriktionen seitens der USA, Großbritannien und Kanada einer gründlichen Analyse unterziehen und angemessen reagieren“, hieß es aus der Behörde. „Unser Staat hat sich stets für einen offenen und fairen Dialog mit den westlichen Ländern eingesetzt, der nicht auf Sanktionen und Druck, sondern auf allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts und der zwischenstaatlichen Kommunikation beruhen sollte“, geht aus dem Kommentar hervor.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000020\\_1628602736\\_58033\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1628602736_58033_big.jpg)

#### snanews.de: **China beruft Botschafter aus Litauen ab**

Peking hat angekündigt, den chinesischen Botschafter aus Vilnius abzurufen, da die litauischen Behörden Taiwan genehmigt haben, ein „Repräsentationsbüro“ im Land zu eröffnen. Dies ist eine Mitteilung des chinesischen Außenministeriums von Dienstag zu entnehmen.

„Vor kurzem hat die litauische Regierung unter Missachtung der wiederholten Vorhaltungen Chinas und der Hinweise bezüglich möglicher Konsequenzen ihre Entscheidung bekannt gegeben, den taiwanesischen Behörden die Eröffnung eines 'Repräsentationsbüros' unter dem Namen 'Taiwan' zu gestatten. Die Entscheidung verstößt in unverschämter Weise gegen den Geist des Kommuniqués über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Litauen und untergräbt Chinas Souveränität und territoriale Integrität“, teilte die chinesische Behörde mit.

Die chinesische Regierung spreche sich kategorisch gegen diesen Schritt aus. „China hat beschlossen, seinen Botschafter in Litauen abzurufen, und forderte die litauische Regierung auf, ihren Botschafter in China abzurufen.“

Peking warnte die litauische Seite, dass „es nur ein China auf der Welt gibt und die Volksrepublik China die einzige legale Regierung ist, die ganz China vertritt“.

„Das Ein-China-Prinzip ist eine weithin anerkannte Norm der internationalen Beziehungen und ein gemeinsamer Konsens der internationalen Gemeinschaft. Es ist die politische Grundlage für China, bilaterale Beziehungen zu anderen Ländern aufzubauen“, hieß es weiter. China forderte Litauen auf, die „falsche Entscheidung“ unverzüglich zu korrigieren und den falschen Weg nicht weiter zu beschreiten.

Taiwans Außenminister Joseph Wu hatte zuvor bekanntgegeben, das Büro in Vilnius werde den umstrittenen Namen 'taiwanisches Repräsentationsbüro' tragen (Die Vertretungen im

Ausland heißen üblicherweise „Taipeh-Büro“ – Anm. d. Red.). Er bezeichnete die Einrichtung des Büros in Litauen als einen „sehr wichtigen“ Schritt.

Litauens Ministerin für Wirtschaft und Innovation, Ausrine Armonaitė, gab ihrerseits bekannt, dass im Zeitraum von Oktober bis November eine litauische Handelsmission in Taiwan eröffnet werde.

Die Taiwan-Frage hat ihren Ursprung im chinesischen Bürgerkrieg von 1927 bis 1949 zwischen den Kommunisten unter Mao Zedong und der Kuomintang-Partei unter Chiang Kai-shek. Letzterer flüchtete nach der Niederlage auf dem Festland und der Ausrufung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 mit seinen Truppen auf die Insel Taiwan. Ende der 1980er Jahre wurden die geschäftlichen und informellen Kontakte zwischen der Insel und dem chinesischen Festland wieder aufgenommen. Seit den frühen 1990er Jahren begannen sie, über Nichtregierungsorganisationen Kontakt aufzunehmen.



[https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/01/47591\\_0:98:1920:1178\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_310a8cfb77980a91487d6ecee001887.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/01/47591_0:98:1920:1178_1280x0_80_0_0_310a8cfb77980a91487d6ecee001887.jpg)

### snanews.de: **Die Ukraine will US-Luftabwehrsysteme auf ihrem Gebiet stationieren lassen**

Wegen vermutlicher Pläne Russlands zur Stationierung seiner Atomwaffen auf der Krim hat der ukrainische Vize-Ministerpräsident Alexej Resnikow den Vereinigten Staaten die Stationierung ihrer Luftabwehrkräfte auf ukrainischem Territorium vorgeschlagen. Darüber informiert sein Pressedienst am Dienstag.

Der Vorschlag wurde während des Arbeitsbesuchs von Resnikow in den Vereinigten Staaten bei seinem Treffen mit dem Leiter der US-amerikanischen Jamestown Foundation, Glenn Howard, erläutert. „Es ist wichtig, das Sicherheitspaket für die Ukraine zu erweitern. Erstens durch den Einsatz von Luftverteidigungskräften, sogar durch den Einsatz von US-Einheiten. Unsere Gesetzgebung lässt dies zu“, wird der Vize-Ministerpräsident von seinem Pressedienst zitiert.

„Wir sind besonders besorgt über die Maßnahmen der Russischen Föderation zur Vorbereitung der Krim auf die Stationierung von Atomwaffen“, erklärte weiter Resnikow, dem unter anderem die Wiedereingliederung der nicht kontrollierten Gebiete der Ukraine anvertraut ist. Dem Beamten zufolge habe Russland de facto das Asowsche Meer besetzt und das Gleichgewicht im Schwarzen Meer völlig verändert, es komplett militarisiert.

„Unter Rückgriff auf die Krim führt Russland militärische Operationen im Nahen Osten und in Afrika durch und nimmt Einfluss auf den Balkan“, fügte Resnikow hinzu.

Das Gleiche passiere nun mit Nord Stream 2, meinte der ukrainische Vize-Ministerpräsident und forderte härtere Sanktionen gegen die Unternehmen, die am Bau der Pipeline beteiligt seien, um ihren Start zu verhindern. Sonst würden die drei baltischen Staaten und Polen unter

großem Druck stehen, befürchtet Resnikow.

„Für die Ukraine und die baltischen Staaten bedeutet dies fast eine garantierte Eskalation, für den Rest Europas – die totale Abhängigkeit in der Zukunft und eine garantierte Erpressung“, so der Politiker.

Mitte April hatte der ukrainische Verteidigungsminister Andrej Taran während seiner Rede im EU-Parlament gesagt, dass Russland die Krim auf die mögliche Lagerung von Atomwaffen vorbereite, und vor „ersten militärischen Provokationen“ gewarnt. Nach Reuters-Informationen legte Taran keine Beweise für seine Aussagen vor.

Ende Juli hatte der Fraktionsvorsitzende der Partei des amtierenden Präsidenten „Diener des Volkes“, David Arahmija, die Meinung geäußert, Kiew habe einen fatalen Fehler begangen, als es sich von den Atomwaffen getrennt habe. Wenn die Ukraine den Status eines Nuklearstaates behalten hätte, würde man mit ihr „anders reden“. „Wir hätten die ganze Welt erpressen können, und man hätte uns Geld für den Unterhalt gegeben, wie es jetzt in vielen anderen Ländern geschieht“, sagte Arahmija gegenüber dem TV-Sender Ukraine 24.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0a/3161365\\_0:0:3001:1688\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_829476104\\_aae1d5e993609fe7ac36cfb.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0a/3161365_0:0:3001:1688_1280x0_80_0_0_829476104_aae1d5e993609fe7ac36cfb.jpg)

deu.belta.by: **Lukaschenko will Maßnahmen gegen neue Sanktionen erarbeiten**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat die Regierung angewiesen, zusätzliche Maßnahmen gegen eine neue Sanktionsspirale des Westens zu erarbeiten. So kommentierte Pressesprecherin des belarussischen Staatschefs Natalja Ejsmont die Reaktion des belarussischen Präsidenten auf die Nachricht, dass die USA, Großbritannien und Kanada neue Sanktionen gegen Belarus eingeführt haben.

„Der Staatschef hat die Regierung damit betraut, zusätzliche Maßnahmen gegen eine neue Sanktionsspirale zu erarbeiten. Belarus wird sich revanchieren können. Wir werden wenn möglich Vergeltungsmaßnahmen treffen“, sagte die Pressesprecherin.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000019\\_1628609087\\_58035\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1628609087_58035_big.jpg)